

## Verordnung zur Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE<sup>1</sup>

vom 17. Januar 1989<sup>2</sup>

Die Regierung des Kantons St.Gallen

erlässt

in Ausführung von Art. 45 des Sozialhilfegesetzes vom 28. September 1998<sup>3</sup>

als Verordnung:<sup>4</sup>

### I. Unterstellung von st.gallischen Einrichtungen unter die IVSE<sup>5</sup>

#### *St.Gallische Einrichtungen*

##### **Art. 1.**<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Als st.gallische Einrichtungen nach der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE<sup>7</sup> können der IVSE unterstellt werden:

- a) stationäre Kinder- und Jugendeinrichtungen, die von politischen Gemeinden geführt werden;
- b) private stationäre Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie heilpädagogische Gross- und Pflegefamilien mit einer kantonalen Betriebsbewilligung;
- c) kantonal anerkannte Einrichtungen der Sonderschulung;
- d) ... .

<sup>2</sup> Der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE<sup>8</sup> sind die nach dem Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung vom 7. August 2012<sup>9</sup> anerkannten Einrichtungen für Menschen mit Behinderung unterstellt.

#### *Unterstellung*

##### **a) Voraussetzungen**

##### **Art. 2.**<sup>10</sup>

<sup>1</sup> St.Gallische Einrichtungen nach Art. 1 Abs. 1 dieses Erlasses werden der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE<sup>11</sup> unterstellt, wenn sie:

- a) einem Bedürfnis entsprechen und keine Gewinnabsicht haben;
- b) fachgerecht und wirtschaftlich geführt werden;
- c) angemessene Leistungsabgeltung verlangen.

##### **b) Zuständigkeit**

##### **Art. 3.**<sup>12</sup>

<sup>1</sup> Die Unterstellung verfügen:

- a) das Departement des Innern für Einrichtungen nach Art. 1 Bst. a und b dieses Erlasses;
- b) das Bildungsdepartement für Einrichtungen nach Art. 1 Bst. c dieses Erlasses.

##### **c) Widerruf**

##### **Art. 4.**<sup>13</sup>

<sup>1</sup> Die Unterstellung kann widerrufen werden, wenn die Voraussetzungen für die Anerkennung nicht mehr erfüllt sind.

### II. Aufsicht

#### *Fachliche Aufsicht*

##### **Art. 5.**<sup>14</sup>

<sup>1</sup> Die fachliche Aufsicht über Einrichtungen für Kinder und Jugendliche richtet sich nach den besonderen Vorschriften über Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.<sup>15</sup>

<sup>2</sup> Die fachliche Aufsicht über Einrichtungen der Sonderschulung richtet sich nach den besonderen Vorschriften über Einrichtungen der Sonderschulung.<sup>16</sup>

<sup>3</sup> Die fachliche Aufsicht über Einrichtungen für Menschen mit Behinderung richtet sich nach den besonderen Vorschriften über Einrichtungen für Menschen mit Behinderung.<sup>17</sup>

**Art. 6.<sup>18</sup>**

**Wirtschaftliche Aufsicht**

**a) Unterlagen**

**Art. 7.<sup>19</sup>**

<sup>1</sup> Dem nach Art. 3 dieses Erlasses zuständigen Departement sind insbesondere einzureichen:

- a) Voranschlag und Jahresrechnung;
- b) die Berechnung der Leistungsabgeltung;
- c) Investitionsvorhaben;
- d) Beschlüsse über unvorhergesehene Ausgaben.
- e) Stellen- oder Pensenplan einschliesslich einer Übersicht über die Besoldungsansätze.

<sup>2</sup> Erfolgt die Leistungsabgeltung nach der Methode P (Pauschalen) der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE<sup>20</sup>, gelten die Vorgaben der Leistungsvereinbarung.

<sup>3</sup> Vorbehalten bleiben besondere Richtlinien und Weisungen des nach Art. 3 dieses Erlasses zuständigen Departementes.

**Anrechenbare Kosten**

**Art. 8.<sup>21</sup>**

<sup>1</sup> Das nach Art. 3 dieses Erlasses zuständige Departement legt die anrechenbaren Kosten fest.

**c) Investitionsvorhaben**

**Art. 9.<sup>22</sup>**

<sup>1</sup> ...

**Art. 10.<sup>23</sup>**

<sup>1</sup>

**III. Kostenübernahmegarantie<sup>24</sup>**

**Zuständigkeit**

**Art. 11.<sup>25</sup>**

<sup>1</sup> Das Amt für Soziales ist Verbindungsstelle nach der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE<sup>26</sup>.

<sup>2</sup> Die aufnehmende Einrichtung reicht der Verbindungsstelle in der Regel vor der Unterbringung das Gesuch um Kostenübernahmegarantie ein.

<sup>3</sup> Die Verbindungsstelle prüft Vollständigkeit und Richtigkeit des Gesuchs.

<sup>4</sup> Die Einrichtung meldet der Verbindungsstelle Wohnsitzwechsel und Austritte der betreuten Personen.

**c) Einholen der Kostenübernahmegarantie**

**Art. 12.<sup>27</sup>**

<sup>1</sup> Die Verbindungsstelle holt Kostenübernahmegarantie ein für:

- a) Einrichtungen im Kanton St.Gallen, wenn ein ausserkantonaler Benutzer aufgenommen wird;
- b) Kinder- und Jugendeinrichtungen, wenn eine strafrechtliche Unterbringung durch eine st.gallische Behörde vorliegt;
- c) ...

**Erteilen der Kostenübernahmegarantie**

**a) Grundsatz**

**Art. 13.<sup>28</sup>**

<sup>1</sup> Die Verbindungsstelle erteilt Kostenübernahmegarantie.

<sup>2</sup> Für kantonale anerkannte Einrichtungen der Sonderschulung nach Art. 1 Bst. c dieses Erlasses erfolgt die Erteilung der Kostenübernahmegarantie nach Weisung des Bildungsdepartementes.

<sup>3</sup> Die Kostenübernahmegarantie kann befristet und mit Auflagen erfolgen.

**a<sup>bis</sup>) Altersgrenze**

**Art. 13bis.<sup>29</sup>**

<sup>1</sup> Dauert eine vor dem Eintritt der Volljährigkeit begonnene Ausbildung der Sekundarstufe II länger, wird Kostenübernahmegarantie bis zum Abschluss dieser Ausbildung geleistet.

**b) Unterbringung in Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Sonderschulen**

**Art. 14.<sup>30</sup>**

<sup>1</sup> Kostenübernahmegarantie für Kinder- und Jugendeinrichtungen wird erteilt:

- a) bei der zivilrechtlichen Unterbringung, wenn die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde die Unterbringung beschlossen hat;
- b) bei der Unterbringung durch die Eltern, wenn die zuständige Behörde der Wohnsitzgemeinde Richtigkeit und Notwendigkeit bestätigt hat;
- c) bei der Unterbringung von ausserkantonalen Kindern und Jugendlichen in st.gallischen Sonderschulen oder von st.gallischen Kindern und Jugendlichen in ausserkantonalen Sonderschulen.

#### ***c) Aufenthalt in Behinderteneinrichtungen***

##### ***Art. 15.<sup>31</sup>***

<sup>1</sup> Die Kostenbeteiligung nach Art. 28 der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE<sup>32</sup> richtet sich nach dem Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung vom 7. August 2012<sup>33</sup>.

<sup>2</sup> Die anerkannte Einrichtung kann verpflichtet werden, bei Anpassung der Leistungsstufe eine neue Kostenübernahmegarantie einzuholen.

#### ***d) Dauer***

##### ***Art. 16.<sup>34</sup>***

<sup>1</sup> Die Kostenübernahmegarantie wird in der Regel für die Aufenthaltsdauer erteilt.

<sup>2</sup> Die Kosten der zivilrechtlichen Unterbringung nach Art. 43 des Sozialhilfegesetzes<sup>35</sup> werden jährlich aufgrund der budgetierten Leistungsabgeltung aufgeteilt.

#### ***Verweigerung der Kostenübernahmegarantie***

##### ***Art. 17.<sup>36</sup>***

<sup>1</sup> Die Verbindungsstelle kann die Kostenübernahmegarantie verweigern, wenn:

- a) zwischen Leistung und Leistungsabgeltung ein offensichtliches Missverhältnis besteht;
- b) die Taxordnung nicht den tatsächlichen Betriebskosten angepasst ist.

<sup>2</sup> Für kantonale anerkannte Einrichtungen der Sonderschulung nach Art. 1 Bst. c dieses Erlasses erfolgt die Verweigerung der Kostenübernahmegarantie nach Weisung des Bildungsdepartementes.

## **IV. Berechnung von Beiträgen der Unterhaltspflichtigen und Leistungsabgeltungen<sup>37</sup>**

### ***Beiträge der Unterhaltspflichtigen***

#### ***a) Höhe***

##### ***Art. 18.<sup>38</sup>***

<sup>1</sup> Der Beitrag der Unterhaltspflichtigen beträgt Fr. 25.- je Tag.

#### ***b) Weiterverrechnung***

##### ***Art. 19.<sup>39</sup>***

<sup>1</sup> Von der Sozialhilfe übernommene Beiträge der Unterhaltspflichtigen werden nach dem Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger<sup>40</sup>, dem Sozialhilfegesetz<sup>41</sup> und dem Strafprozessgesetz<sup>42</sup> weiterverrechnet. Abweichende Vereinbarungen über gegenseitige Rückerstattungspflichten bleiben vorbehalten.

### ***Anrechenbarer Aufwand und Ertrag***

#### ***a) im Allgemeinen***

##### ***Art. 20.<sup>43</sup>***

<sup>1</sup> Die zuständigen Departemente erlassen Richtlinien zu den anrechenbaren Gehaltsansätzen für das Fachpersonal. Für das Personal richten sich die Gehaltsansätze sachgemäss nach dem Anhang der Personalverordnung vom 13. Dezember 2011<sup>44</sup>.

#### ***b) heilpädagogische Gross- und Pflegefamilien***

##### ***Art. 21.<sup>45</sup>***

<sup>1</sup> Für Pflegeeltern von heilpädagogischen Gross- und Pflegefamilien wird höchstens ein Gehalt für Erzieher nach der Sonderschulgesetzgebung angerechnet. Das Gehalt wird erhöht um:

- a) das 1,3-fache bei drei Pflegekindern;
- b) das 1,6-fache bei vier Pflegekindern;
- c) das Doppelte ab fünf Pflegekindern.

<sup>2</sup> Einkünfte aus Nebenerwerb gelten als Betriebsertrag, soweit sie zusammen mit dem erhöhten anrechenbaren Gehalt den Betrag nach Abs. 1 Bst. c dieser Bestimmung übersteigen.

<sup>3</sup> Die Naturalbezüge der leiblichen Familie werden nach den Richtlinien der eidgenössischen Steuerverwaltung über die Bewertung der Naturalbezüge bei Unterbringung von Kindern und Jugendlichen bewertet.

### **Rückzahlung**

#### **Art. 22.<sup>46</sup>**

<sup>1</sup> Zu Unrecht bezogene Beiträge sind mit Zins zurückzuerstatten.

## V. Schlussbestimmungen

### **Änderung bisherigen Rechts**

#### **Art. 23.**

Die Pflegekinderverordnung vom 28. Februar 1978 <sup>47</sup> wird wie folgt geändert:

*In Art. 1, 4, 5, 6, 7 und 9 wird die Bezeichnung «Waisenamt» unter Anpassung an den Text ersetzt durch «Vormundschaftsbehörde».*

b) Departement

#### **Art. 2.**

<sup>1</sup> Das Departement des Innern ist zuständig für die Aufsicht über:

- a) die Heimpflege. Ausgenommen sind die Heime mit eigenem Kindergarten und eigener Volksschule;
- b) die Tätigkeit der Vormundschaftsbehörden im Bereich der Familien- und der Tagespflege.

<sup>2</sup> Es bewilligt die Führung von Kinderheimen (Art. 13 ff. eidgV).

*Art. 3 wird aufgehoben.*

#### **Art. 10 Abs. 2 (neu).**

<sup>1</sup> Für heilpädagogische Gross- und Pflegefamilien gelten die Vorschriften über die Heimpflege, wenn:

- a) wenigstens drei Pflegekinder aufgenommen werden;
- b) der Träger der heilpädagogischen Gross- oder Pflegefamilie eine juristische Person ist;
- c) der hauptsächlich erzieherisch tätige Elternteil über eine sozial- oder sonderpädagogische Ausbildung verfügt.

### **Vollzugsbeginn**

#### **Art. 24.**

<sup>1</sup> Diese Verordnung wird ab 1. März 1989 angewendet.

---

1 Geändert durch III. Nachtrag.

2 nGS 24-11. In Vollzug ab 1. März 1989. Geändert durch Nachtrag vom 23. Januar 1996, nGS 31-11; Abschnitt II des Nachtrags zur V über die privaten Alters- und Pflegeheime vom 26. Mai 1999, nGS 34-65 (sGS 381.18); II. Nachtrag vom 19. Dezember 2006, nGS 42-16; Abschnitt II des IV. Nachtrags zur Sonderschulverordnung vom 11. Dezember 2007, nGS 43-6 (sGS [213.951](#)); III. Nachtrag vom 26. Mai 2009, nGS 44-82; Art. [17](#) der [YESB](#) vom 11. Dezember 2012, nGS 48-47 (sGS [912.51](#)); Art. [52 BehV](#) vom 11. Dezember 2012, nGS 48-38 (sGS [381.41](#)).

3 sGS 381.1.

4 Ingress geändert durch Nachtrag zur V über die privaten Alters- und Pflegeheime.

5 Fassung gemäss III. Nachtrag.

6 Fassung gemäss III. Nachtrag.

7 sGS [381.31](#).

8 sGS [381.31](#).

9 Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung, sGS [381.4](#).

10 Geändert durch [BehV](#).

11 sGS [381.31](#).

12 Geändert durch [BehV](#).

- 13 Fassung gemäss III. Nachtrag.
- 14 Geändert durch [BehV](#).
- 15 eidgV über die Aufnahme von Pflegekindern vom 19. Oktober 1977, SR 211.222.338; [SoG](#), sGS [213.95](#); Sonderschulverordnung, sGS [213.951](#); [SHG](#), sGS [381.1](#); [PKV](#), sGS [912.3](#).
- 16 Gesetz über Kantonsbeiträge an private Sonderschulen, sGS [213.95](#).
- 17 [BehG](#), sGS [381.4](#); [BehV](#), sGS [381.41](#).
- 18 Aufgehoben durch III. Nachtrag.
- 19 Fassung gemäss III. Nachtrag.
- 20 sGS 381.31.
- 21 Fassung gemäss III. Nachtrag.
- 22 Fassung gemäss II. Nachtrag.
- 23 Aufgehoben durch Nachtrag zur V über die privaten Alters- und Pflegeheime.
- 24 Fassung gemäss II. Nachtrag.
- 25 Fassung gemäss III. Nachtrag.
- 26 sGS 381.31.
- 27 Fassung gemäss III. Nachtrag.
- 28 Fassung gemäss III. Nachtrag.
- 29 Geändert durch [VESB](#).
- 30 Geändert durch [VESB](#).
- 31 Geändert durch [BehV](#).
- 32 sGS [381.31](#).
- 33 Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung, sGS [381.40](#).
- 34 Fassung gemäss II. Nachtrag.
- 35 sGS [381.1](#).
- 36 Fassung gemäss III. Nachtrag.
- 37 Fassung gemäss II. Nachtrag.
- 38 Fassung gemäss II. Nachtrag.
- 39 Fassung gemäss II. Nachtrag.
- 40 SR 851.1.
- 41 sGS [381.1](#).
- 42 sGS [962.1](#).
- 43 Geändert durch [BehV](#).
- 44 sGS [143.11](#).
- 45 Fassung gemäss II. Nachtrag.
- 46 Fassung gemäss II. Nachtrag.
- 47 sGS 912.3.